

**Gedenkrede anlässlich des Galaabends „Der Triumph der individuellen Freiheit“
am 31. Oktober 2014 in Berlin.**

Die Friedliche Revolution 1989 und Europa

Von Vera Lengsfeld

Im Januar 1989 verkündete der damalige Partei- und Staatschef der DDR Erich Honecker, die Mauer würde noch 100 Jahre stehen. Niemand widersprach ihm. Dann kam bekanntlich alles ganz anders, für manche plötzlich und unerwartet, besonders für Beobachter aus dem Westen.

Unbemerkt von der westlichen Öffentlichkeit hatte sich in fast allen sozialistischen Ländern in den 1980er Jahren eine Opposition gegen das kommunistische Regime herausgebildet, die im Laufe des Jahrzehnts immer aktiver und effektiver wurde. In der DDR versammelte sich diese Opposition in den Räumen der Evangelischen Kirche, die einen Freiraum boten, weil hier die Staatssicherheit weder Verhaftungen vornehmen, Versammlungen auflösen, Veranstaltungen verbieten, noch Ausstellungen abbauen durfte. Am Ende der 1980er Jahre gab es mehr als 3000 aktive Bürgerrechtler, organisiert in über 300 Gruppen im ganzen Land. Es gab noch mehr Menschen, die einfach nicht mehr in der DDR leben wollten. So kamen zwei Prozesse zusammen, die den Lauf der Ereignisse des Jahres 1989 bestimmten und beschleunigten: die Ausreisewilligen, die erst in westdeutschen Botschaften in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern Zuflucht suchten, um ihre Ausreise zu erzwingen. Im Sommer schwoll dieser Strom auf zehntausende Menschen an, die alles stehen und liegen liessen, um über Ungarn oder die Tschechoslowakei in den Westen zu flüchten. Sie entzogen damit dem Regime jede Legitimation. Gleichzeitig organisierten die Oppositionellen, die das Land nicht verlassen, sondern verändern wollten, immer aufsehenerregendere Aktionen.

Ein Beispiel ist die massenhafte Kontrolle der Stimmauszählung bei den Kommunalwahlen im Mai durch Bürger, die begannen, ihre rechtlichen Spielräume auszunutzen. Die Demonstrationen gegen die Wahlfälschung zogen sich monatelang hin. Als im Herbst sich nach der ersten „Montagsdemonstration“, die Anfang September von der Leipziger Nikolaikirche ausging, in rascher Folge in mehr als 30 Städten und Gemeinden Folgedemonstrationen stattfanden, die kurz darauf die Mauer zum Einsturz und das DDR-Regime zu Fall brachten, waren die meisten Beobachter völlig überrascht. Vor ihren Augen hatte sich eine Revolution abgespielt, die alle bislang geltenden wissenschaftlichen Kriterien über den Haufen warf: Keine gut organisierte Minderheit eroberte die Macht und verteidigte sie blutig gegen die Mehrheit. Das Unverständnis ist so gross, dass bis heute die Rolle der unbekanntenen Maueröffner nicht gewürdigt wird. Kein Politiker war an diesem Prozess beteiligt. Im Gegenteil, die Politik konnte über ein Jahr nur nachvollziehen, was auf der Strasse an Tatsachen geschaffen wurde. Am

besten hat das Helmut Kohl erkannt, der am 12. Dezember 1989 auf dem so genannten „Kleinen Parteitag“ der CDU in Westberlin sagte: „Nicht wir oder andere in West und Ost bestimmen heute Inhalt, Richtung und Tempo dieser Prozesse. Die Entwicklung in der DDR wird von den Menschen dort gestaltet...“ Helmut Kohl hatte recht. Im Herbst 1989 hat ein Akteur die politische Bühne betreten, mit dem niemand gerechnet hatte, auch die Bürgerrechtler nicht: das Volk.

Es war das Volk der DDR, daran sei hier noch einmal nachdrücklich erinnert, das die Einheit wollte und durchsetzte.

Zu den weitgehend unbekannt gebliebenen Tatsachen gehört, dass zwischen dem 27. Dezember 1989, dem Tag, an dem nach der Weihnachtspause die Montagsdemonstrationen wieder aufgenommen wurden und dem 30. Januar, der Tag an dem der Runde Tisch, der die letzten Wochen der SED-Regierung begleitete, die vorgezogenen Volkskammerwahlen verkündete, dreimal mehr Menschen auf der Strasse waren als zwischen dem 9. September, dem Tag der ersten Montagsdemonstration in Leipzig und dem Mauerfall. In manchen Städten waren bis zu Dreiviertel der erwachsenen Bevölkerung auf den Beinen. Diese Menschen hatten nur ein Ziel. Die schnelle Vereinigung ohne Wenn und Aber. Hatte es anfangs auf den Demonstrationen „Wir sind das Volk“ geheissen, so dominierte jetzt der Ruf: „Wir sind ein Volk“.

Die erste und letzte frei gewählte Volkskammer der DDR hatte nur eine Aufgabe in den Augen der Demonstranten, die weiter die Strassen und besonders den Marx-Engels-Platz vor dem Palast der Republik bevölkerten: auf eine schnelle Vereinigung hinzuwirken. Kaum jemals in der Geschichte hat es eine solche Dynamik gegeben, die von gänzlich unorganisierten Volksmassen ausging. Für mehr als ein Jahr wurde die Geschichte nicht von Politikern gemacht, sondern von den Menschen bestimmt, die ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen hatten und ihre Vorstellungen durchsetzten. Für ein paar Wochen waren die Deutschen das glücklichste Volk der Erde. Die Ostdeutschen, weil sie bekamen, was sie wollten, die Westdeutschen, weil sie sich an dem Glück ihrer Landsleute freuten.

Freuten sich alle? Nein. Die Dauerpolemik gegen die deutsche Einheit begann schon mit dem Mauerfall, als sie noch gar nicht auf der Tagesordnung stand.

Die ehemaligen Machthaber der DDR versuchten erfolgreich, sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem sie jede Kritik an ihrer Machtausübung als einen Angriff auf ostdeutsche Biografien umdeuteten und damit die Atmosphäre vergifteten. Sekundiert wurde ihnen von westdeutschen Vereinigungsgegnern, für die der SED-Staat immer das bessere Deutschland gewesen war, schon weil sie ihn selbst nicht ertragen mussten. Die Dauerpolemik gegen die Vereinigung hält seit fünfundzwanzig Jahren an. Dabei hat sich die SED-Linke wieder eine „führende Rolle“ erobert. Bürger „zweiter Klasse“ sollten die Ostdeutschen sein, weil sie nicht sofort dieselben Bezüge hatten, wie die Westdeutschen. Kampfbegriffe wie „Kolonialisierung“, „Abbau Ost“, „DDR-Identität“ „Entindustrialisierung“ beherrschen das publizistische Schlachtfeld. Die Linke kann leider sicher sein, dass sie in den Talkshows und Podien, auf deren Sitzen sie seit über zwei Jahrzehnten fest angeschraubt ist, kaum auf ihre Verantwortlichkeit hingewiesen wird, wenn sie die hohe Arbeitslosigkeit in den Neuen Ländern anprangert. Es war die SED, die eine restlos ruinierte Volkswirtschaft hinterlassen hat und ein Land, das ökologisch so verwüstet war, dass es an ein Wunder grenzt, dass die Umwelt heute in einem so guten Zustand ist, dass Schüler heute glauben, das wäre so, weil die DDR so umweltfreundlich gewesen wäre. „Wo sind sie denn, die blühenden Landschaften“,

wurde immer mal wieder polemisch gefragt. Nun, wer sich die Mühe macht und die Neuen Länder bereist, kann sie überall besichtigen. Es ist, als hätte man ein Schatzkästlein aufgetan, das lange verstaubt und unansehnlich in der Ecke stand. Städte und Dörfer sind buchstäblich aus Ruinen auferstanden und erstrahlen im neuen Glanz. Die Wunden, die von den totalitären Diktaturen in der Bausubstanz hinterlassen wurden, sind fast verschwunden. Heute muss das ZDF schon in allertiefste ostdeutsche Provinz fahren, um noch einen „kritischen“ Beitrag zur Vereinigung zusammenschustern zu können. Aber selbst in der ehemaligen Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, einem verschlafenen Ackerbürgerstädtchen an der polnischen Grenze, das in der DDR zur ersten sozialistischen Stadt aufgeblasen wurde, mit künstlichen Industrieansiedlungen und Plattenbau auf der grünen Wiese, können so genannte kritische Journalisten nur eine Negativberichterstattung produzieren, indem sie verschweigen, dass diese Stadt ein Kunstgebilde war, das jetzt zum Normalmass zurückkehrt. Indem sie verschweigen, dass die DDR-Industrie schon vor dem Mauerfall konkurrenzunfähig gewesen wäre, hätte sie sich auf dem freien Markt behaupten müssen.

Wo stehen wir heute? Die Frage ist heikel. Europa ist 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges, der von manchen für das Ende der Geschichte gehalten wurde, tief in der Krise.

Sieht man die heutigen immer hektischer werdenden Bemühungen der europäischen Politiker, ihre Länder kompatibel für ein Einheitseuropa zu machen, das fatale Ähnlichkeiten mit der untergegangenen UdSSR hat, wirkt es fast wie ein Traum, dass vor wenig mehr als 25 Jahren die Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland der Beginn der erfolgreichsten Freiheitsbewegung der Welt waren. Die politische Klasse im kommunistischen Teil Europas hatte jahrzehntelang den Wunsch nach Freiheit, der jedem Menschen inne ist, ob er sich dessen bewusst ist, oder nicht, missachtet und unterdrückt. Dann brach sich dieser Freiheitswille Bahn und es stellte sich heraus, dass nichts ihn aufhalten konnte. In wenigen Monaten wurde ein bis an die Zähne atomar bewaffnetes Regime zu Fall gebracht, das militärisch als unbesiegbar galt.

Das Gesicht des heutigen Europa mit seinen offenen Grenzen und demokratischen Staaten ist ein Ergebnis der Friedlichen Revolution von 1989.

Die Menschen in Osteuropa wollten die bürgerlichen Freiheiten, den Wohlstand und die Rechtssicherheit der offenen Gesellschaft im Westen. In den letzten 25 Jahren sind die Osteuropäer wohlhabender geworden, sie können sich frei in der Welt bewegen. Aber in vieler Hinsicht sind die Ziele der Revolution von 1989 konterkariert worden.

Die politische Klasse Osteuropas zerfiel innerhalb kurzer Zeit. Zurück blieb die politische Klasse des Westens, die fassungslos zusah, wie ihre Kollegen im Osten weggefegt wurden und die ehemaligen Untertanen ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen. Dieser Schock bewirkte, dass sich die Begeisterung über die grossartige Freiheitsrevolution bei der politischen Elite bis heute in engen Grenzen hält.

Nicht die Freiheit wurde zum Leitbegriff des politischen Handelns nach 1989, sondern Sicherheit und Gerechtigkeit in einem vereinten Europa. Damit versucht die politische Klasse ihre eigene Geschäftsgrundlage zu stabilisieren. Statt das seit 1989 begonnene Zusammenwachsen Europas von unten zu begleiten, wenn nötig, klug zu fördern, schmiedet die Politik ein Europa von oben. Angeblich könnte nur ein Einheitseuropa in einer globalisierten Welt bestehen. Hinter dieser Formel verbirgt sich das überwunden geglaubte machtpolitische Denken des 20. Jahrhunderts. Unter Bruch

der selbstgegebenen Regeln wurden Länder in die EU geholt, die den Vertragskriterien nicht entsprechen. Dieser Prozess soll, trotz aller Probleme, die er aufwirft, weiter getrieben werden. Deshalb gibt es einen Erweiterungskommissar. Wo der Expansionswille an seine Grenzen stösst, wie in der Ukraine, entstehen ähnliche Konflikte, wie wir sie aus dem Kalten Krieg kennen.

Ein grosses Problem ist der beispiellose Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der bereits, wie einst in der DDR, an der Substanz der Gesellschaft zu nagen beginnt. Inzwischen sind alle europäischen Länder verschuldet wie sonst nur zu Kriegszeiten. Mit der Verabschiedung des ESM, des Europäischen Stabilitätsmechanismus und den immer hektischeren Bemühungen, den Einheitseuro zu retten, ist Europa längst am Ende einer Sackgasse angelangt. Das wird aber von der Politik nicht eingestanden.

Statt aus den Fehlern, die beim Aufbau Ost in Deutschland gemacht wurden, zu lernen, werden sie auf ganz Europa übertragen. Die EU ist endgültig zur Transferunion degeneriert. Statt einem Verbund freier Staaten, gleicht sie immer mehr dem Zwangsgebilde der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Genau das scheinen die Politiker aber im Sinn zu haben, denn dieser Prozess geht einher mit einem immer rigideren Abbau von Freiheitsrechten. Entscheidungen, die das Leben der Bürger komplett umwälzen, wie das Glühlampenverbot, der Euro-Stabilitätspakt, werden hinter dem Rücken der Bürger getroffen. In der Hoffnung, dass die Bürger nicht merken werden, welche Folgen diese Entscheidungen für sie haben. Sicherheitshalber wird immer behauptet, der eingeschlagene Weg sei alternativlos. Im Namen von Sicherheit und Gerechtigkeit werden immer mehr ideologische Vorgaben und Praktiken der gescheiterten Kommunisten revitalisiert. Bürgerliche Politiker propagieren heutzutage die Notwendigkeit von Umverteilung, wie einst die Bolschewiki, ungeachtet des historischen Beweises, dass nach erfolgter Umverteilung es nicht allen besser geht, sondern eine allgemeine Verelendung beginnt. Um die Schuldenpolitik fortsetzen zu können, wird immer offener auf staatsinterventionistische Praktiken gesetzt, auch wenn diese nachweislich die Probleme aufschieben, nicht lösen. Neuerdings wird immer häufiger und lauter über eine Vermögensabgabe nachgedacht, mit der alle Bürger mit ihrem ersparten Geld für die von der Politik gemachten Schulden aufkommen sollen.

Diese Enteignung wird kommen, wenn sich kein ausreichender Widerstand formiert.

Das erfolgreichste Wirtschaftsmodell der Menschheitsgeschichte, die Marktwirtschaft, wird immer rigorosier beschnitten. Dass die Gesellschaft noch gut funktioniert, verdankt sie übrigens der Kraft, die selbst eine rudimentäre Marktwirtschaft noch entfaltet. Wir können uns nicht mal vorstellen, wie die Welt aussehen würde, wenn der Markt sich frei entfalten könnte. Aber freilich wäre dann eine Klasse überflüssig, die ihre Macht und Bedeutung fast ausschliesslich daraus zieht, dass sie in grossem Massstab umverteilt. Inzwischen sind etwa 70% der Bevölkerung ganz oder teilweise von staatlichen Transferleistungen abhängig. Das ist das Geheimnis, warum das Ganze überhaupt funktioniert. Zu viele glauben, etwas zu verlieren, wenn sich am gegenwärtigen System etwas ändert. Sie sind sich nicht im Klaren darüber, dass jeder am Ende nur das zurückbekommt, was er auf die eine oder andere Weise eingezahlt hat, abzüglich der enormen Umverteilungskosten.

Fragen muss man sich allerdings, wie lange eine Grundlage tragfähig ist, die aus einer produktiven Schicht gespeist wird, die nur aus 30% der Bevölkerung besteht.

Ein Aspekt, den ich nur nennen, nicht näher untersuchen kann, ist die Sprache, die benutzt wird, um die Verhältnisse so gut es geht zu verschleiern. Das Schnüren von Paketen und das Spannen von Schirmen, mit denen unsere Politiker pausenlos beschäftigt sind, soll Alltag und Fürsorglichkeit signalisieren. Politik ist heutzutage kaum noch Problemlösen, sondern „kümmern“. Grösstenteils kümmern sich Politiker um Dinge, die sie nichts angehen. Was der Mensch isst, wie viel er arbeitet, wie er seine Kinder erzieht, welche sexuellen Vorlieben er hat, was er mag oder ablehnt, ist immer häufiger Gegenstand politischer Regelungswut.

Damit korrespondiert eine immer rigider werdende political correctness, die Denkverbote verhängt und Handlungsspielräume zunehmend einengt. Wirte können nicht mehr entscheiden, ob in ihren Räumen geraucht werden darf. Vermieter müssen mit dem Kadi rechnen, wenn sie Mieter ablehnen. Kindergärten wagen es nicht mehr, Schweinefleischgerichte anzubieten, Weihnachtsmärkte sollen so nicht mehr genannt werden, um keine religiösen Gefühle zu verletzen. Ja, Fernsehmoderatoren dürfen keine olivfarbenen Hemden mehr tragen, weil Zuschauer sie für braun halten. Selbst die EKD beschäftigt sich mehr mit Gender-Mainstreaming und mit Unisextoiletten als mit dem Glauben.

Was Kulturmarxisten wie Antonio Gramsci schon längst propagiert haben, dass man Menschen nicht einsperren muss, wenn es gelingt, ihre Köpfe zu beherrschen, wird immer mehr zur Realität orwellscher Prägung.

Mit Hilfe erfundener Phobien: Islamophobie, Homophobie, Transphobie wird die Öffentlichkeit zur Selbstzensur gedrängt. Wer sich gegen die Aktivitäten der Salafisten ausspricht, ist islamophob, wer Unisextoiletten nicht mag, transphob, wer meint, dass ein Kind Mutter und Vater haben sollte, homophob.

Ein solches Etikett verpasst zu bekommen, kann heute schon mal den Job kosten. Kurz, die Gesellschaft ist unfreier, als sie vor zwanzig Jahren war und der Prozess wird von der Politik und steuergeldfinanzierten Interessensgruppen weiter vorangetrieben.

Möglich ist das, weil die Politiker und ihre willigen Helfer bestimmte historische Lektionen immer noch nicht lernen wollen: Es ist ein fataler Irrtum, zu glauben, die Welt könne und müsse nach einer ideologischen Vorgabe neu geschaffen werden. Dieser Irrtum hat aber das fatale sozialistische Experiment überlebt und feiert mit dem „Klimaschutz“ fröhliche Urstände.

Um das Klima zu retten, soll die Gesellschaft „umgebaut“ und der Mensch dementsprechend angepasst werden. Seinen totalitären Gipfel hat diese Ideologie im so genannten „Ökologischen Fussabdruck“ des Menschen, nach dem der Einzelne ein von der Politik festgelegtes Mass an „Ressourcenverbrauch“ nicht überschreiten darf. Konsequenz zu Ende gedacht bedeutete das, wenn ein Mensch den ihm zugewiesenen CO₂-Ausschuss ausgeschöpft hat, er zu atmen aufhören müsste. Wer das übertrieben findet, sei an die Wissenschaft „Eugenik“ erinnert und an ihre fatalen Auswirkungen, nachdem sich Deutschland an die Spitze der eugenischen Bewegung gestellt hat.

Das grösste Problem bei der Etablierung von Diktaturen ist nicht die Machtgier der Diktatoren, sondern die Anpassungswilligkeit der Masse, die bereit ist, dem Zeitgeist in vorausseilendem Gehorsam zu dienen. Längst nicht alle Eugeniker waren Mitglied der NSDAP, aber ihre Forschungsergebnisse haben dazu beigetragen, die systematische Auslöschung „lebensunwerten Lebens“ zu ermöglichen. Die Eugenik

hatte namhafte Anhänger auf der ganzen Welt, wie Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson, Winston Churchill, George Bernhard Shaw, Leland Stanford. Amerikanische Eugeniker blickten neidisch nach Deutschland. Die Roosevelt-Stiftung finanzierte eugenische Forschungen der Nazis bis 1939. Mit dem bekannten Ergebnis. Nach dem 2. Weltkrieg wollte niemand mehr Eugeniker gewesen sein. Massenhaft wurden erfolgreich Biografien umgeschrieben. Die politischen Exekutoren eugenischen Gedankenguts hatten die Folgen zu tragen. Aber eine Auseinandersetzung fand nicht statt. Deshalb lebt der eugenische Geist bis heute fort z. B. bei der Tötung von Föten, bei denen zukünftige Behinderungen diagnostiziert wurden.

Die grösste Schmach ist, dass es kaum Widerstand gegen die Eugenik gab, weder in Deutschland, noch in Europa, noch in den USA, so wie es heute kaum Widerstand gegen die „Klimaschutzpolitik“ gibt. Die deutschen Politiker haben aus der Geschichte nicht gelernt, dass es ungesund ist, sich an die Spitze einer Zeitgeistbewegung zu setzen. Mit der „Energiewende“ glauben sie wieder, Weltmeister werden zu müssen. Deshalb ist die Freiheit in Deutschland besonders gefährdet. Schon vor Jahren erschienen zwei Namensartikel in deutschen Zeitungen, in denen deutlich die Abkehr von der Demokratie gefordert wurde.

In der Frankfurter Rundschau forderte der konservative Schriftsteller Martin Mosebach die Strafbarkeit von Blasphemie und verwies ausgerechnet auf die Fatwa muslimischer Religionsführer als nachahmenswertes Beispiel. Dass dies zu einer Zeit geschah, wo sich mitten in Deutschland ein iranischer Sänger vor der Fatwa verstecken muss, macht Mosebachs Ausführungen noch bedenklicher.

Im zweiten Namensartikel, diesmal im bürgerlich geltendem „Tagesspiegel“, forderte der norwegische „Klimaberater“ Jorgen Randers die Ersetzung der demokratischen Institutionen durch einen „guten Diktator“. Demokratische Parlamente lösten langfristige Probleme nicht, weil sie gewählt werden müssen. Deshalb brauchten „wir“ einen „Diktator auf Zeit“, der notwendige Entscheidungen treffen könnte, deren Vorteil in der Zukunft liege und die Kosten in der Gegenwart verursachten. Der Kapitalismus sei wegen seiner „Kurzfristigkeit“ nicht geeignet, das Klimaproblem zu lösen. Wenn die Parlamente die Märkte regulieren wollten, würden sie vom Wähler daran gehindert.

Als vorbildliche Ausnahme nennt Randers Deutschland, das mit Atomausstieg und Energiewende die Weichen richtig gestellt hätte. Die Langfristigkeit dieser Entscheidung wäre aber zweifelhaft, deshalb brauche man einen „wohlmeinenden Diktator“. In dieser Wortwahl versteckt sich die Fratze Stalins, der sich gern als „Chosjain“, Hausvater, titulieren liess und der ebenfalls der Meinung war, dass die gegenwärtigen Generationen jegliches Opfer für das Glück der Zukünftigen zu bringen hätten.

Dieser Artikel wirkt besonders gruselig, weil man weiss, dass der „Klimaberater“ der Kanzlerin Schellhuber ähnliche Positionen vertritt. Randers bekam kaum Widerspruch. Für den „Klimaschutz“ scheinen die Deutschen gern ihre mühsam errungene Demokratie wieder aufgeben zu wollen.

Vera Lengsfeld ist Bürgerrechtlerin und Autorin sowie ehemalige Bundestagsabgeordnete (1990-2005). 1981 gründete sie den Friedenskreis Pankow mit.